

DIE AMEISE

VERBANDSORGAN DER PORZELLAN- UND VERWANDTEN ARBEITER UND ARBEITERINNEN

IMMER • STREBE • ZUM • GANZEN • UND • KANNST • DU • SELBER • KEIN • GANZES • WERDEN
ALS • DIENENDES • GLIED • SCHLIESS • AN • EIN • GANZES • DICH • AN

REDAKT. U. EXPED.: CHARLOTTENBURG, ROSINEN-STR. 3

PRIVAT-POSTABONNEMENT: PRO VIERTELJAHR 2 MARK

No. 50

Charlottenburg, Freitag, den 14. Dezember 1906

Jahrg. 33

An die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands!

Am 25. und 26. Januar 1907 findet ein

außerordentlicher

Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands

in Berlin statt mit der Tagesordnung:

„Der Gesetzentwurf betr. die gewerblichen Berufsvereine.“

Der Kongreß beginnt am 25. Januar morgens 9 Uhr.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Zur Begründung der Einberufung eines außerordentlichen Gewerkschaftskongresses heißt es:

Der dem Reichstage zur Beschlußfassung vorgelegte „Entwurf eines Gesetzes, betreffend gewerbliche Berufsvereine“, ist für die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft von so großer Bedeutung, daß eine Stellungnahme aller gewerkschaftlichen Organisationen dringend geboten erscheint. Die Vorlage, die nach der ersten Beratung im Plenum des Reichstags an eine Kommission verwiesen ist, enthält Bestimmungen, die, sobald sie Gesetzeskraft erlangen, geeignet sind, alle gewerkschaftlichen Organisationen ohne Unterschied aufs schwerste zu schädigen. Weil es sich um einen gesetzgeberischen Akt handelt, der die Interessen der gesamten Arbeiterklasse berührt, so hielt es die Generalkommission für geboten, die gewerkschaftlichen Organisationen aller Richtungen zu einem gemeinsamen Vorgehen und zur gemeinsamen Einberufung eines Gewerkschaftskongresses zu veranlassen.

Sie machte deshalb dem Zentralrat der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine und dem Vorstand des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften den Vorschlag, einen Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands in Gemeinschaft mit der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands einzuberufen und den Aufruf zur Beschickung des Kongresses mit zu unterzeichnen.

Der Zentralrat der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine erklärte sich sofort zu einem solchen Vorgehen bereit, sofern es gelingen sollte, auch den Vorstand des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften hierzu zu veranlassen.

Dieser verzögerte zunächst die Entscheidung, lehnte dann aber den Vorschlag am 7. Dezember unter dem Vorwand ab, daß auf die Tagesordnung des sogenannten nationalen „Arbeiter“-Kongresses, der am 20. Januar in Berlin stattfindet, der Punkt: „Der Gesetzentwurf, betreffend die gewerblichen Berufsvereine“, noch nicht tragbar gestellt werden solle. Der Vorwand entbehrt insofern aller Seriosität, als der sogenannte nationale Arbeiterkongreß nur einen winzigen Teil gewerkschaftlicher Organisationen umfaßt und hauptsächlich eine Vertretung konfessioneller „Arbeiter“-Vereine (der evangelischen und der katholischen „Arbeiter“-Vereine und des antisemitischen Handlungsgehilfenverbandes) ist. Die Gesetzesvorlage aber betrifft ausschließlich die gewerkschaftlichen Organisationen und diese sind in erster Linie berufen, ein Urteil über ihn abzugeben.

Unter einem wichtigen Vorwand haben sonach die Vertreter der Christlichen Gewerkschaften es auch gewagt, mit der Ar-

beiterschaft, die anderen Gewerkschaftsgruppen angehört, in dieser Lebensfrage der gewerkschaftlichen Organisationen gemeinsame Sache zu machen. Damit dürfte aufs neue erwiesen sein, daß mit den Christlichen Gewerkschaften nicht bezweckt wird, der Sache der Arbeiter zu dienen.

Der Zentralrat der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine hatte in seiner Sitzung vom 6. Dezember beschlossen, sich nur an einem Gewerkschaftskongreß zu beteiligen, der von den Leitungen der drei Gewerkschaftsgruppen einberufen wird.

Somit sind wiederum die der Generalkommission angeschlossenen Gewerkschaften genötigt, allein die Interessen der Arbeiterschaft wahrzunehmen und auf die Mithilfe der anderen Gewerkschaftsgruppen verzichten zu müssen.

Wenn gleich nunmehr die Einberufung des außerordentlichen Gewerkschaftskongresses von der Generalkommission allein erfolgt, so steht den Vertretern der anderen Gewerkschaftsgruppen der Zutritt zu dem Kongreß nach wie vor offen. Zu ihm sollen Zutritt haben die Vertreter aller gewerkschaftlichen Organisationen (d. h. solcher Organisationen, die entsprechend dem § 152 der Gewerbeordnung, eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen eventuell auch mittels Einstellung der Arbeit erstreben), die mit uns darum kämpfen wollen, daß die Gesetzgebung sich nicht gegen die Arbeiter richtet, sondern zugunsten der Arbeiter gestaltet wird.

An die gesamten Mitglieder dieser Organisationen richten wir das dringende Ersuchen, in allen Zweigvereinen, auch in den kleinsten, Versammlungen ein zu berufen, in welchen über den Gesetzentwurf beraten wird. Die von den Zweigvereinen gefaßten Beschlüsse sind dem Vorstande des Verbandes sofort zu übermitteln. Dieser wird sie dem Reichstage zur Kenntnis bringen.
Die Generalkommission.

Als Delegierte unseres Verbandes zu diesem Kongreß bestimme der Vorstand in seiner Sitzung vom 7. Dezember die von der letzten Generalversammlung 1905 als Delegierte für den ordentlichen Gewerkschaftskongreß gewählten Genossen Seelmann, Wollmann und Zetsch. Außerdem hielt es aber der Vorstand für geboten, den Genossen Hoffmann-Flmenau als vierten Delegierten zu wählen. Vor allen Dingen aus dem Grunde, um dem Gauleiter Gelegenheit zu geben, dieser Protestveranstaltung im Interesse einer wirksamen Agitationsarbeit beiwohnen zu können.

Gewerkschaftsrechte im Ausland.

In den Begründungen des Regierungsentwurfs bezüglich der Rechtsfähigkeit der Berufsvereine ist auch eine Uebersicht über die gesetzlichen Bestimmungen der Berufsvereine im Ausland enthalten. Kommt bei dieser Gegenüberstellung der deutsche Entwurf schon nicht schlecht weg, so noch mehr, wenn man auch das von den Rechten der Berufsvereine im Ausland anführt, was die Begründungen des Regierungsentwurfs verschweigen.

Belgien hat seit 1880 vollkommene Vereins- und Versammlungsfreiheit. Auch Berufsvereine bedürfen keinerlei Erlaubnis einer Verwaltungs- oder Polizeibehörde. Es ist auch keine Kategorie von Arbeitern ausgeschlossen. Landarbeiter, Eisenbahnangestellte und Seleute, denen der deutsche Entwurf rundweg die Rechtsfähigkeit vorenthält, können sich als Berufsvereine eintragen lassen und damit das Recht juristischer Personen erwerben. Auch die Strafbestimmungen sind in Belgien ungleich gelinder, als in dem deutschen Entwurf.

Auch Holland hat volle Vereins- und Versammlungsfreiheit. Weder unterliegen die Berufsvereine einer behördlichen Kontrolle, noch sind gewisse Berufsarten ausgeschlossen. Bestraft wird nur die Teilnahme an Vereinen, die die Begehung strafbarer Handlungen zum Zweck haben. Auch in Holland ist somit allen Schichtungen der Gewerkschaften durch die Polizei, wie sie der deutsche Entwurf in unendlicher Manigfaltigkeit möglich macht, ein fester Niegel vorgeschoben.

England hat auf dem in Rede stehenden Gebiete die älteste Gesetzgebung. Eine Trades-Union kann sich nach freiem Ermessen als Berufsverein eintragen lassen oder nicht. Läßt sie sich eintragen, so erlangt sie weitere Rechte, ohne damit das Risiko behördlicher Schikanen mit in den Kauf nehmen zu müssen. Streng wird der Grundsatz eingehalten, daß die Vereinbarungen einer Trades-Union solange als gesetzmäßig gelten, als nicht eine Handlung begangen wird, die bei einer Einzelperson strafbar sein würde. — Mit diesem einfachen, wertvollen Grundsatz vergleiche man die Unterbindung der Solidarität durch den deutschen Entwurf. Ganz selbstverständlich ist, daß in England keine einzige Berufsart vom Koalitionsrecht und damit von der Eintragung als Berufsverein ausgeschlossen ist.

Ueber die Rechtslage der Gewerkschaften in Frankreich sucht die Uebersicht mit verdächtiger Eile hinweg. Es werden in der Hauptsache nur der französische Text des Syndikatsgesetzes von 1884 und die Änderungsvorschläge der Kommission mitgeteilt; aus beiden ist zu ersehen, daß die deutsche Regierung allerdings weise gehandelt hat, die deutsche Uebersetzung nicht mit beizufügen, weil sonst die Jammerlichkeit des deutschen Entwurfs nur noch drastischer hätte auffallen müssen. Die Syndikate der französischen Gewerkschaften stellen noch lange kein Ideal dar. Aber mit den deutschen Verhältnissen verglichen, sind sie der Inbegriff aller Rechte und Befugnisse. Mit Begier warf sich Posadowsky in seiner Reichstagsrede auf die Tatsache, daß auch der liberale französische Minister Rouvier erklärt habe, es sei unmöglich, allen Staatsangestellten, beispielsweise den Postbeamten, das Streikrecht zu verleihen; denn das führe zur Anarchie. Daß aber in demselben Frankreich die Landarbeiter das volle Koalitionsrecht besitzen, was Posadowsky ihnen ausdrücklich verboten wissen will, das verschwieg er. Er meinte vielmehr, wenn die Landarbeiter das Streikrecht erhielten, würde kein Mensch mehr riskieren, ein Landgut zu bewirtschaften. Auf Frankreich kann sich also die deutsche Regierung bei ihrem Monstrum von Gesetz nicht berufen.

Auch auf Italien nicht. Dort kennt man ein besonderes Gesetz über Berufsvereine überhaupt nicht. Die Vereine haben ohne weitere Einschränkung die Rechtsfähigkeit auf Grund des bürgerlichen Gesetzbuches. Scherereien, wie sie im deutschen Gesetz vorgezeichnet sind, würden in Italien unmöglich. steht dort allen Berufen, Landarbeitern, wie Eisenbahnern, Seuleuten wie Postboten, das volle Koalitionsrecht.

In Oesterreich gibt es für die gewerblichen Berufsvereine kein allgemeines Vereinsgesetz, welches die Berufsvereine als Gewerkschaften als Berufsvereine eintragen lassen, so mittelbar das auf Grund des §. 2. des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuchs an, und erhebt die Aufsichtsbehörde nicht innerhalb der gesetzlichen Frist dagegen Einspruch, so hat die Gewerkschaft das Recht der juristischen Person erlangt. Ausgeschlossen von dem Rechte, einen Gewerkschaftsverein zu bilden, ist keine Berufsart.

Ungarn hat kein besonderes Gesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse der gewerblichen Arbeitervereine, es gibt überhaupt kein Vereinsgesetz. Die Arbeiter können sich ungehindert vereinigen. Nur wenn sie ein Statut eingereicht haben und dasselbe nicht einhalten, kann ihnen die Regierung in die Quere

kommen, doch fällt auch dann jede Verantwortung in hohem Maße auf die einzelnen Mitglieder, die nicht zur Verantwortung gezogen werden können.

Nicht berührt werden durch die dem Entwurf beigefügte Uebersicht die gewerblichen Rechtsverhältnisse in Dänemark, Norwegen, Schweden, Rußland und den südlichen Ostseestaaten. Rußland kommt nicht in Betracht, da dort überhaupt jede einheitliche Konstitution fehlt, die das Volk sich erst erlangen muß. In Serbien, Rumänien und Bulgarien ist der industrielle Kapitalismus noch zu wenig allgemein entwickelt, als daß von einem großen Industrieproletariat geredet werden könnte. Wo sich aber die Arbeiter zusammen geschlossen haben, können ihnen keine Hindernisse in den Weg gelegt werden. Namentlich in Rumänien finden sich recht hübsche Ansätze gewerkschaftlicher Organisationen, die sich ungehindert entfalten können.

Daß die drei nördlichen Staaten nicht zum Vergleich mit der in Deutschland beabsichtigten Rechtslosmachung der Gewerkschaften heran gezogen worden sind, begreift sich leicht. Denn jeder Vergleich hätte zu Ungunsten des deutschen Entwurfs ausfallen müssen. In Dänemark, Norwegen und Schweden besteht ein völlig freies Vereins- und Versammlungsrecht, und die Gewerkschaften brauchen hundert Polizeischikanen nicht zu fürchten, die der deutsche Arbeiter zum eisernen Bestand seiner Bunden zählen muß.

Alles in allem: Wohin wir ins Ausland blicken, nirgendwo findet sich im Verhältnis der staatlichen Organe zu den organisierten Arbeitern soviel Kleinlichkeit, Bosheit, Verständnislosigkeit, Engherzigkeit und polizeiliche Bevormundungssucht wie im Lande der Dichter und Denker.

„Auf Wunsch der Arbeiter!“

— Vor kurzem wurde in dem Betriebe der Firma Rosenthal & Co. in Selb eine von der Fabrikleitung ausgehende Einladung herum gegeben, durch die die erwachsenen männlichen Arbeiter zur Teilnahme an der Gründung einer Arbeiterunterstützungskasse auf gefordert wurden. Diese Gründung sollte, der Einladung zufolge, einem Wunsche eines Teils der Arbeiterschaft von Rosenthal & Co. Rechnung tragen. Die betreffende Gründungsversammlung fand am 22. November statt und endete mit der Konstituierung jener Kasse.

Neues bietet die Kasse an und für sich nicht. Die für sie geltenden Bestimmungen scheinen — nach den uns vorliegenden Auszügen, die die wichtigsten Paragraphen betreffen — fast wörtlich jenem Statut nach geschrieben zu sein, das für die Unterstützungskasse der Arbeiter in der kaiserlichen Porzellanfabrik Geltung hat. Auf die Einseitigkeiten und Nachteile dieses Statuts für die davon betroffenen Arbeiter wiesen wir ja schon vor längerer Zeit hin. In Selb dürften sich also dieselben Dinge wiederholen. Für einen Grundbeitrag von eintausend Mark — der jedoch bei einer eventuellen Auflösung allen anderen Forderungen an die Kasse voran geht und der unbedingt der Firma wieder zurück erstattet werden muß — haben sich Rosenthal & Co. ein Einspruchsrecht gegen die Kasse gesichert, das jeder wahrhaft ernstlichen Selbstverwaltung der Kasse durch die Arbeiter widerspricht. Und doch müssen die Arbeiter die Mittel für die Kasse allein auf bringen. So sind drei Beitragsklassen mit 2, 3 und 4 Mark Einstandsgeld und mit Beiträgen in Höhe von 14, 20 und 30 Pfg. vorgelesen. Dafür erhalten die betreffenden Mitglieder im Falle der Krankheit bis zu 26 Wochen und bei Arbeitslosigkeit bis zu 6 Wochen 4,50, 6,50 und 10 Mk. pro Woche Unterstützung. Ferner wird den Witwen Versicherter eine wöchentliche Rente bis zur Höhe von 4,50 Mk. versprochen, die drei Jahre lang gezahlt werden kann. Auch Unfallgeld wird den Versicherten gegebenen Falls gezahlt und zwar bis zu 40 Mk. Man steht im Versprechen, wird von den Kassengründern nicht wenig geleistet. Eine andere Frage ist aber die, ob diesen Versprechungen dauernd Rechnung getragen werden kann. Verlangt man sich dann auf eine weitere Zuspaltung der Firma oder rechnet man ohne weiteres mit dem Umstand, daß die näheren Bestimmungen des Unterstützungsbezuges dieselben sehr in Frage stellen? Die Bedingungen, die für den Bezug von Unterstützung getroffen sind, lassen das zumindest vermuten. So beschließt über jeden Unterstützungsfall der Kassenvorstand. Dieser wird sich aber auch in Selb — andere Erfahrungen bestätigen diese Annahme — in erster Linie aus Beamten oder anderen der Firma zugehörigen Arbeitern zusammensetzen. Was das bedeuten will, erläutert die Bestimmung, die jeden Unterstützungsanspruch Versicherter dann ausschließt, wenn dieser seine Entlassung selbst verschuldet hat. Wer wird nun wohl überhaupt noch Unterstützung bekommen? Und wenn so die misliebigen Arbeiter im

us angekauft wurden — was ja besonders bei Rosenthal & Co. nicht selten passierte. Dann stehen sie rechtlos draußen und sehen ihren in die Kasse eingezahlten Groschen trauernd nach.

So scheint und alles in allem genommen, der eigentliche Zweck der Kasse nicht der einer wirksamen, nach jeder Seite einwandfrei sich gestellten Unterstützung der Arbeiter zu sein, sondern indem man denselben hier goldene Berge verspricht, verleiht man ihnen auf der andern Seite ungehindert ihr vornehmstes Recht, die der selbständigen, nutzbringenden Vereinigung und durch greifenden gegenseitigen Hilfeleistung zu nehmen. Nicht für die Arbeiter ist diese Kasse geschaffen, gegen sie würde diese Einrichtung hervorgerufen. Man will den Arbeiter von seiner Organisation, dem Verband, abziehen, oder ihm den Beitritt zu demselben als unnötig erscheinen lassen. Für diese Annahme spricht nicht nur das Statut, reden nicht nur die gesamten Begleitumstände der Gründung dieser Kasse, dafür liefert das bisherige Verhalten der Betriebsleitung selbst den blündigsten Beweis. Trotz aller gegenteiligen Behauptungen waren die Rosenthals stets heftige Gegner der Arbeiterorganisation und namentlich seit jener Zeit, wo sie der flotte Geschäftsgang und der Zufall des Glücks in Verbindung mit einer unbeschränkten Ausnutzung der Arbeitskräfte anderer Menschen auf die Stufe einer gesicherten und glänzenden wirtschaftlichen Existenz gehoben haben, haben diese Herren bei jeder Gelegenheit den Arbeitern zu gern ihre Abhängigkeit fühlen lassen, ignorierten sie mit Vorliebe die Organisation der Arbeiter. Freilich die direkten Angriffe auf die Organisation scheiterten noch immer. Nun aber kam der „Wunsch“ der Arbeiter und der Knoten ist gelöst. Die arbeiterfreundlichen Herren! Sie haben ja nichts gegen die Arbeiterorganisation. O, bewahre! Die Arbeiter selbst wünschten eine eigene Kasse, abgetrennt von der Allgemeinheit. Nun gut, die Rosenthals fühlen sich berufen, diesem Wunsche der Arbeiter schleunigst Rechnung zu tragen und sogar noch ein-tausend Mark drauf zu legen.

„Auf Wunsch eines Teils der Arbeiter“ wurde die Kasse gegründet. Wer mag wohl dieser Teil sein? Wir wissen es, ohne die einzelnen Personen selbst zu kennen. Es gibt in jedem Betrieb Gesinnungsgenossen von ihnen. Da ist einer, der auch mal „Ober“ werden möchte, ein anderer findet seines schollen Verhaltens wegen in der Organisation keine Aufnahme mehr, andere wieder haben das Bedürfnis, gegen den Verband aus irgend welchen Gründen zu rasonieren und wieder anderen ist diese Gelegenheit gerade recht, um den Vorgesetzten ihre volle Ergebenheit zu beweisen. Das sind die Elemente einer Arbeiter-schaft, die zwar häufig in der Minderheit sind, nichts desto weniger es jedoch fertig bringen, in Verfolg ihrer Absichten die anderen Kollegen mit zu binden und dem Unternehmer aus zu liefern. Aber man muß auch die Verhältnisse in Selb im all-gemeinen kennen, um zu verstehen, wie solche Leute einen der-artigen Einfluß haben können. Die organisierte Kollegenschaft ist Selb vor schon mehrfach durch innere Zwistigkeiten ge-schwächt und gespalten. Einmal ging es gegen einander los, dann wieder gegen den Vorstand. So schufen die Kollegen selbst den Boden für derartige Gründungen. Die Idee irgend einer selbständigen Vereinigung spulte schon lange in Selb herum, nur wollte maner nichts Rechtes zusammen kommen. Eine Lokalorganisation ist nicht denkbar, ein Anschluß an die Hutschen-reutherischen Kreise selbst den verbissensten Eigenbrütlern ein zu schwerer Schritt. Nun aber fand man sich mit dem Unternehmer zusammen und die Sache kam in Fluß. Zum Nachteil der Arbeiter. Die Herren werden das schon noch zeitig genug empfinden. Wir behaupten das. Für die selber Kollegen im allgemeinen und für unsere organisierten Genossen im besonderen. Sie, die mit Eifer und Hingebung an der Organisation hängen, hatten schon vorher gegenüber allen möglichen Unternehmern einen lauten Stimm, sie werden sich auch härteren Kampf gegen die Ausschüßigen und Schwächlinge zu führen haben. Aber diese Selb sind auch überwunden werden.

Um gerade in Selb haben die Kollegen zu einer starken Organisation, wenn alles von den Unternehmern erlangt ist, den Weg nicht nach wünschen von dem Rosenthal. Der Ge-schäftsgang, der ist in sich noch für die absehbare Zukunft ein beiderseitiger und durch den Handelstakt konnte die Verma-erhalten, das ist die auf Maneres mit Behellungen überhäuft ist. In dem Augenblicke, wenn diese Seiten ungenutz vorüber- ist, wo ihnen eine selbständige Organisation während weient-liche Bedürfnisse beschaffen konnte, lassen sie sich mit einem gelassenen Munde ihre Rechte und Forderungen abtunken von einer Seite, die ihnen ihre Abhängigkeiten durch immer erneute Lohnreduzierungen und das Verdrängen fremder billiger Arbeitskräfte die ihm stehen Arbeiter immer tiefer, ihnen treibt

Man muß die ganze Urteilslosigkeit und Gleichgiltigkeit der be-treffenden Arbeiter in Betracht ziehen, um solche Dinge über-haupt für möglich halten und begreifen zu können. Und doch ist es noch gar zu lange her, da errangen sich verschiedene Arbeiterkategorien in Selb Erfolge. Aber nur durch die Orga-nisation. Heute aber scheint man das alles bereits wieder ver-gessen zu haben. Ein Unternehmer braucht nur zu winken und eine ganze Anzahl der Arbeiter wissen nichts mehr von dem eigenen Vertrauen, der eigenen Kraft. Wie in einem blinden Laumel laufen sie dem Unternehmer in die Arme. Und das Ende?

An anderen Stellen haben die Kollegen in dieser Beziehung genügende Erfahrungen gemacht. Ihr Vertrauen in den Unter-nehmer und dessen „Wohltaten“ mußten sie teuer mit härterem Druck, neuen Lohnreduzierungen bezahlen. Dann aber als sie ihren Irrtum ein sahen, war es zu spät, sie konnten die „Wohl-taten“ nicht mehr los werden. Wie eine Bleikugel hing sie an ihren Beinen, hinderte sie an jeder freien Bewegung und lettete sie schier unlösbar an den Karren eines Unternehmers. Daß die selber Kollegen von den Erfahrungen anderer lernen, glauben wir nicht ohne weiteres annehmen zu können. Der alte Ein-wand: „Bei uns ist es nicht so wie wo anders!“ wird auch in Selb erhoben werden. Und so müssen die Kollegen in Selb die gleiche Geschichte von vorn durch machen, die sie, wenn sie samt und sonders bei Zeiten hätten lernen wollen, vermeiden konnten.

Deswegen braucht man aber nicht zu pessimistisch in die Zukunft zu schauen. Auch in Selb werden andere Ansichten als die gegenwärtigen bei der Mehrzahl der Arbeiter Platz greifen. Dafür können wir uns auf die Unternehmer selbst verlassen. Sie können nicht aus ihrer Haut heraus und durch die kon-sequente Verfolgung ihrer Ziele schaffen sie, ohne daß sie es wollen, den fruchtbaren Boden für unsere Bewegung.

So gewinnt der selber Vorgang eine über die lokalen Grenzen hinaus gehende Bedeutung. Er läßt schon jetzt erkennen und wird es später noch deutlicher zeigen, wie schlecht die Ar-beiter allemal auch dann fahren, wenn sich der Unternehmer auf einen solchen „Wunsch der Arbeiter“ berufen kann.

Nicht zu wünschen, zu fordern und zu kämpfen haben wir!

Verbandsangelegenheiten.

Sperrn.

Vollsperrn in Deutschland: Brambach i. Voigtland (Reinhardt & Köhler). Düsseldorf (Hohmann). Eiserwerda (Steingutfabrik). Göppingen (Emaillierwerk). Laus (Frig Krug). Langenberg bei Gera (Buse & Büttner). Martin-roda (Eger & Co). Neuhaldensleben. (Deutsche Steingut-fabrik vorm. Gebr. Hubbe). Sorau. Stotzheim. Wunstedel. Berlin für Schildermaler.

Halbsperrn in Deutschland: Alexandrinental (Rechnagel). Bonn (Mehlem). Düsseldorf (Wortmann & Elbers, Emaillier-werk). Flörsheim a. Main. Freienorla. Gräfenroda (Deene, Heßner, Eckert & Menz). Königszelt-Kranichfeld. Neustadt bei Coburg. Oeslau. Passau. Rudolstadt (Schäfer & Väter). Schaala. Scheibe. Schlierbach. Schweidnitz. Stanowitz. Tettau. Triptis.

Sperrn in Oesterreich: Königfeld bei Brunn für Maler. Briesen bei Bilin (Nestler & Co.). Fünfkirchen. Gutendorf in Süd-Steiermark (Wessely & Co.). Joles (Por-zellanfabrik). Liboje bei Gili in Steiermark (Schütz). Klösterle. Oberlaa bei Wien (Pilar). Tichy & Schönfeld in Bessa für Maler. — Ludwig Bröschold & Co. Porzellanfabriken in Dallwig und Elbogen. Bessa (Tichy & Schönfeld).

Freiwillige Geldsammlungen

Für streitende Kollegen regten auch die zur Zeit ausständigen Kollegen in Langenberg bei den einzelnen Zählstellen an. Im Anschluß hieran machen wir alle Kollegen darauf aufmerksam, daß jeder für streitende oder ausgeloberte Kollegen bestimmte Betrag unter ausdrücklicher Bezeichnung seiner Ver-wendung an die Hauptkasse Geröffe werden zu senden ist. Durch direkte Zusendung der freiwilligen Unterstützungen an die örtliche Streitleitung können die Kollegen die Streitenden mit benachteiligen, da gegebenen Falls durch derart direkt geleistete Beiträge die Verbands-Unterstützung für die Kämpfenden in Fortfall kommen müßte.

Der Vorstand.

Ein Bericht des Schriftführers über die Verhandlungen ist als Kenntnis genommen. — Einem Antrage der Brenner bei der Firma Kienast & Müller in Meuselwitz auf Genehmigung zur Einreichung der Klagen wird stattgegeben. — Auf Wunsch von Wollmann sollen entsprechende Verhaltungsmaßnahmen gegeben werden. — Situationsberichte von Langenberg, Düsseldorf und Braun werden zur Kenntnis genommen. — Mitteilungen der Beschwerde-Kommission und des Gauleiters Hoffmann-Plimau sind mit Kenntnisnahme erledigt. — Ein Bericht von Magdeburg, die Verhältnisse in der neu eröffneten Steinmühlerei von G. Antuch & Co. betreffend, wird vorläufig zur Kenntnis genommen. — Die Gründung einer Zählstelle in S. Georgen wird genehmigt. — Die beantragte Gewährung eines Darlehens zum Bau eines Volkshauses in Nürnberg wird abgelehnt. — Die Zählstelle Untermaßaus beantragt die Genehmigung zur Einberufung der Zählstellen-Vollversammlung in die des sozialdemokratischen Vereines, dem wird zugestimmt. — Der Aufnahme eines Auftrages im Organ der Sammlungen für das Mittelalt. 1287 W. 11. 1861, wird unter bestimmten Voraussetzungen zugestimmt. — Die Mitglieder 2010 Zerneben, Düsseldorf und 8848 Ostar Wize, Roglau werden nach § 8 des Statuts vom Verband ausgeschlossen. — Dem Mitglied 12549 Schwaberg wird auf Antrag der Zählstelle 1 Jahr der Karenzzeit erlassen. — Die Zählstelle W. 11. 1861 hat beschlossen, das Mittelalt. 6448 Edmund Kraus wegen leichtfertiger Verdächtigungen auf die Dauer eines Jahres vom Versammlungsbetrieb aus zu schließen. Dieser Bescheid wird vom Vorstand aufgehoben. Vom Ausschluss aus dem Verband der hierbei zu erwägen war, wird abgesehen, als Vertrauensperson dem Vorstand gegenüber kann Kraus jedoch nicht mehr in Frage kommen, zum mindesten so lange nicht, als dem Vorstand nicht die Gewissheit wird, daß Kraus eine ernstere Auffassung über seine Pflichten als Verbandsmitglied sich zu eigen gemacht hat. — Von Wunstedel beantragte Gewährung einer Entschädigung für Projektkosten an die Oberfränkische Volkstribüne wird abgelehnt. — Von Meuselwitz beantragte Erstattung der Unkosten einer Konferenz wird abgelehnt. — Den Mitgliedern 255 und 256 W. 11. 1861 wird Rechtschutz bewilligt. — Dem Mitglied 358 ebenda wird für noch 2 Wochen Unterstützung bewilligt. — Dem Mitglied 3579 Göttha wird die beantragte Maßregelungs-Unterstützung abgelehnt und Arbeitslosen-Unterstützung bewilligt. — Dem Mitglied 10 140 Tiefenfurt wird die beantragte Weiter-Unterstützung abgelehnt.

G. Wollmann, Vorsitzender. J. Schneider, Schriftführer.

Aus unserem Berufe.

Fabrikinspektion. Die Unzulänglichkeit der Fabrikinspektion ist auch unseren Kollegen schon so oft bemerkt worden, daß die berechtigten Beschwerden über die ungenügende Kontrolle der Porzellanfabriken durch die staatlichen Beamten nichts neues mehr bedeuten. Aber bei jeder Gelegenheit behaupten Unternehmer und die betreffenden Behörden, daß ein Grund zu irgend welchen Klagen gar nicht vorhanden sei. Wir vermeiden es, an dieser Stelle diesen nichtigen Behauptungen mit einer Fülle von der Praxis entnommenen Tatsachen entgegen treten zu wollen; sondern wir beschränken uns darauf, die ganze Dürftigkeit der Fabrikinspektion — speziell was unsere Industrie angeht — an einem Auszug der Verhandlungen des gegenwärtig tagenden Meininger Landtages zu zeigen. In diesem Parlament kam es in der Sitzung vom 29. November bei dem Titel „Gewerbeschutz“ zu einer interessanten Debatte über den praktischen Arbeiterschutzes. So führte unter anderem unser Kollege Wächter aus: Eine unzulängliche Einrichtung sei besonders das noch in verschiedenen Porzellanfabriken bestehende Drucksystem, demzufolge die Arbeiter die benötigten Farben vom Fabrikanten kaufen müssen, die teilweise 100—400 pSt. Gewinnaufschlag machen. Auch mache man den Arbeitern Abzüge von 2—3 pSt. vom Netto- und bis 5 pSt. vom Bruttoverdienst. In Hüttensteinach sind zwar die Verhältnisse in den Fabriken gegenwärtig zufriedenstellender, und die Leitungen der letzteren sind meist bemüht, vorgebrachte Wünsche zu berücksichtigen, auch die Aufschläge auf Farben und Gold seien dort den eigenen Unkosten entsprechend. Aber trotzdem existieren auch hier noch die berüchtigten Abzüge vom Bruttoverdienst in Höhe von 7 pSt. ebenso in Könnert. Die wendige seien in andere Baderichtungen für die Arbeiter. In Hüttensteinach ist die Brenner, die nach der mehr als 100 jährigen Schicht von Schwelz und Kohlenstaub Karren um die Möglichkeiten einer gründlichen Reinigung als Bestreben der Arbeiter. Das gleiche Ziel des Glanzes lang der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung, indem der Arbeiter die Arbeiter in der Fabrik zu einem höheren Vorgehen gegen diejenigen Familien, die wie auch in Könnert ungehörliche Preisauflage auf Farben und Malergold von ihren Arbeitern erheben, zu veranlassen. Wo starke Organisationen seien, da helfen die Arbeiter sich selbst, wo dies jedoch, wie in der Könnert Porzellanindustrie, nicht der Fall sei, da sind die Arbeiter den Fabrikanten gegenüber machtlos und hier habe dann die Fabrikantensichtweise geltend zu machen. Diese lebhaften Klagen konnten selbst die bürgerlichen Abgeordneten nicht mit Stillschweigen übergehen und der freiständige Abgeordnete

Samhammer-Sonneberg erklärte: Solche Abzüge vom Lohn seien ein großes Unrecht und zeugten von einem alten, verrotteten System. Wo eine gute Arbeiterorganisation besteht, würden diese Verhältnisse wohl nicht möglich sein. Gewiß, wo die Organisation der Arbeiter eine gute ist, sind derartige Zustände nicht möglich. Aber eben an der Organisation fehlt es und nicht zum wenigsten in Meinungen. Das ist uns nachteiliger für die Kollegen, als die meiningische Regierung so wenig wie die übrigen deutschen Landesregierungen, an einer durchgreifenden Vervollständigung der Fabrikinspektion denkt. Man läßt alles im Halben stecken und wie so manches Mal, erklärte auch in dieser Sitzung der Staatsrat Schaller. Von der von der Arbeiterschaft schon zu wiederholten Malen geforderten Anstellung einer Assistentin des Fabrikinspektors wolle die Regierung nichts wissen. Fertig ist die Geschichte. So steht es mit dem Arbeiterschutz und der Fabrikinspektion aus. Gilt der Arbeiter sich nicht selbst, so bleibt er verlassen. Wägen das insbesondere unsere Kollegen beherzigen und sich durch eine feste Organisation sichern, was ihnen die heutige Art der Fabrikinspektion nicht geben kann.

Ahlen. Wie man uns mitteilt, sind die in der betreffenden Notiz in Nr. 47 unseres Blattes ange deuteten Differenzen der Maler mit der Leitung des Emailwerk von Kollmann & Lohar nicht zum Ausbruch gekommen. Die Angelegenheit dürfte vielmehr als erledigt an zu sehen sein.

Eisenberg. Ein alter Mißstand, der schon mehrmals die Dreher bei der Firma J. A. Keinecke hat vorstellig werden lassen, führt zu immer neuen Klagen der Arbeiter. Es handelt sich um die Anbringung eines Ventilators in der Dreherei. Die Firma versprach schon mehrere Male, diesem billigen Wunsche der Arbeiter Rechnung zu tragen, hielt aber bisher nicht Wort. Wir hoffen, daß diese Zeilen genügen, einem Mangel Abstellung zur verschaffen, der unseres Erachtens nach ohne Weiteres das Einschreiten des Fabrikinspektors zur Folge haben müßte. Zu wünschen wäre ferner, wenn mit diesem Uebelstand auch die unpünktliche Auszahlung des Lohnes an dem Zahltag verschwinden würde.

Hormsdorf. Ein interessantes Nebenstück zu der neu gegründeten Unterstützungskasse in Selb bieten nachfolgende Zeilen die wir der Nr. 277 der „Altenburger Volkszeitung“ entnehmen: Eine neue vielversprechende „Wohlfahrtseinrichtung“ soll den hiesigen Porzellanarbeitern „besichert“ werden. Die Porzellanfabrik beabsichtigt nämlich eine Witwen- und Waisenkasse zu errichten. Alle über 20 Jahre alten Arbeiter sollen derselben beitreten. Dreher- und Malerlehrlinge von ihrer Lehrzeit an. Natürlich sind die Arbeiter geradezu sehr entzückt über das Projekt, haben sie doch schon derartige „Wohltaten“ in anderen Fabriken kennen gelernt. Jahrelang Beiträge leisten und wenn der Arbeiter dann einmal nicht hübsch artig folgt, „fliegt“ er und steht seinen sauer verdienten Groschen hintermach. Derartige Einrichtungen werden immer nur gemacht, um die Arbeiter zu fesseln, damit sie jede Unbill einstecken. Ueberall wird die Arbeitszeit verkürzt, warum denkt diese reiche Aktiengesellschaft nicht daran, wenigstens von 7 bis 6 Uhr, anstatt von 6 bis 7 Uhr arbeiten zu lassen? Diese Forderung erkennt heute jeder vernünftige Mensch an, aber in Hormsdorf ist davon noch keine Rede. Auch klagen die Arbeiter sehr häufig, daß neue Artikel regelmäßig schlechter bezahlt werden als ähnliche ältere Artikel. Die Kriegerbewegung erklärt das ja zu Genüge. Nun, die Arbeiter mögen sich nur vorsehen, ehe es zu spät ist.

Magdeburg. Es ist kein besonders gutes Anzeichen, wenn in einer neu eröffneten Fabrik Zustände herrschen, die die Arbeiter zu lebhaften Klagen veranlassen. In dem Zusammenhang auch die Beschwerde, die unsere Kollegen über den neuen Betrieb der Firma W. 11. 1861 führen, keine besonders günstigen Aussichten. In einer Notiz, die wir der Nr. 381 der „Magdeburger Volksstimme“ entnehmen, finden wir darüber folgende Ausführungen: Der Betrieb hat erst vor einigen Wochen eingeleitet und doch macht sich schon eine Menge von Mängeln bemerkbar. So haben die Arbeiter dort bemerkt, daß Dreher einige es vorgezogen, ihre Arbeit nicht auf zu geben, weil mit den von der Firma angebotenen Arbeitspreisen ein auskömmlicher Verdienst nicht erzielt werden kann. Auch läßt die Behandlung der Arbeiter seitens der Betriebsleitung viel zu wünschen übrig. Die Hauptschuld an dem in diesem Betriebe herrschenden Mißstande trägt der Werkführer. Derselbe macht es sich zur Aufgabe, die Arbeitsbahn des Arbeiters so niedrig wie möglich zu setzen. Wenn die Arbeiter am Abhisse oder um eine geringe und gerechte Lohnzahlung erhalten, so sagt Herr Vorgesetzter ganz richtig: Wenn's nicht dann

ber kann gehen." Eine Kommission wurde beauftragt, beim Chef, Herrn Untucht, vorstellig zu werden, um in sachlicher Weise die Verhältnisse in seinem Betriebe klar zu legen. Dieses Vorgehen wurde aber durch den Werkführer Borger vereitelt, indem er den Vorsitz der Kommission sofort entlassen hat. Daß dieses Vorgehen Entrüstung bei der Arbeiterschaft hervor ruft, ist selbstverständlich, denn die Arbeiter in diesem Betriebe sind nicht gewillt, sich länger, derartige Maßnahmen gefallen zu lassen. Auch wird das künftige Gewerbegericht sich mit der Firma Untucht & Co. befassen müssen, wenn Herr Borger seinen bisherigen Standpunkt nicht ändert. Offenlich wird Herr Untucht bezweifelten Remedur schaffen. Soll das neue Unternehmen florieren, so sind vor allem tüchtige Arbeiter notwendig, diese bleiben aber dem Betriebe fern, sobald dem Vorgehen des Werkführers Borger ein Gehalt geboten wird. Wer sich auf seiner Hände Arbeit verlassen kann, hat auch gewiß nicht nötig, sich eine derartige Behandlung gefallen zu lassen. Die niedrigen Arbeitslöhne können das Geschäft nicht in die Höhe bringen. — Jedenfalls werden diese Zustände auf die übrigen Kollegen nicht besonders anziehend wirken und man wird sicher allgemein die von uns erst kürzlich ausgesprochene Warnung: Bei Annahme von Arbeit bei dieser Firma recht vorsichtig zu sein, gern und genau befolgen.

Neuhaus am Rennweg. Auf die Zustände, die in dem Betriebe von Noack & Burt herrschen und über die wir erst vor kurzem einiges berichteten, geht ein Versammlungsbericht näher ein, den wir von Deesbach erhalten haben. Darnach müssen ganz haltlose Verhältnisse in der genannten Fabrik herrschen. Der für die auswärtigen Arbeiter vorhandene Schlafsaal soll in einem Zustande sein, der jeder Beschreibung spottet. Von einem "Saal" könne man absolut nicht reden. Nicht genug, daß der vorhandene Schmutz das längere Verweilen in diesem Räume zur Unmöglichkeit macht, lassen auch die übrigen Einrichtungen dieses Schlafsaales zu wünschen übrig. Die Firma kennt die Mißstände, hat sich aber zu einer Besserung noch nicht bereit befunden. Freilich, auch die Arbeiter sind daran schuld, daß an diesen Verhältnissen nichts geändert wird und durch ihr Verhalten verschlechtern sie sich ihre traurige Lage noch selbst. So ist es einfach eine wahnsinnig leichtfertige Verschwendung der Arbeitskraft, wenn einige der auswärtigen Arbeiter von früh 5 Uhr bis abends um 11 Uhr arbeiten und dann noch in denselben Arbeitsräume die Nacht verbringen. Es ist ganz ausgeschlossen, daß irgend ein Mensch diesen Mißbrauch der eigenen Kraft ohne schwere Schädigungen seiner körperlichen Gesundheit aushält. Das sollten aber in erster Linie die Kollegen bei Noack & Burt begreifen. Selbst bei dieser unmenschlichen Anspannung der Kräfte erreichen sie "Verdienste" die geradezu — im Verhältnis zu der aufgewendeten Mühe — als jämmerliche bezeichnet werden müssen. Wie glaubt man denn mit 12 oder 18 Mark in der Woche die vergebundenen Kräfte ersetzen und nebenbei eine vielleicht recht zahlreiche Familie ernähren zu können? Wir meinen, das sollten sich die bei Noack & Burt beschäftigten Arbeiter einmal gründlich überlegen und zweifellos werden sie dann zu einer anderen Auffassung über den Wert ihrer Arbeitskraft kommen. Gewiß den Herren Noack & Burt ist die Unüberlegtheit der Arbeiter gerade recht. Je weniger dieselben beanspruchen, je mehr verdient die Firma. Und namentlich versteht es Herr Noack, diesen Umstand zu nützen. So begab sich derselbe jüngst nach Deesbach, rief die Maler zusammen, ließ zum Tanze aufspielen und spendierte den Porzellinern Wurst, Sauerkraut und Bier. Dann als die Leute warm geworden waren, verpöchte ihnen Herr Noack gut lohnende Arbeit, die die Maler bei ihm zu Hause anfertigen sollten. Mit Eifer nahmen die deesbacher Maler dieses Angebot an und Noack & Burt schafften ihnen Arbeit in die Heimstätten der deesbacher Maler. Das ganze Vergnügen kostete den findigen Herrn 43,75 Mk. und damit hat die Firma den Vorteil, ihre notwendigen Arbeiten in der Heimat zu einem Preise herstellen zu lassen, bei dem die Arbeiter, nach der Meinung der in der Fabrik tätigen Kollegen, in drei oder vier Tagen ganze Wochenlohn verdienen können. So geht man mit den Arbeitern um. — Es ist unschwer zu erraten, daß die überaus traurigen Zustände in den Schlafsälen der Thüringer Waldes nicht fern sind. Wer auch hier noch ein durch greifende Veränderung zu gunsten der Arbeiter erreichen, wenn dieselben die eigenartige Ursache ihrer Elend erkannt und wenn sie sich zu dem Willen aufgeschwungen haben, diesen Ursachen durch eine feste Organisation entgegen zu arbeiten. So lange die Arbeiter bei warmen Wurst, Sauerkraut und Bier zum Gaudium eines Unternehmers tanzen, wird immer stets der Schaden bleiben — auf Kosten der verblendeten Arbeiter.

Oberhausen. In der hiesigen Porzellanfabrik stehen die Arbeiter vor Lohnabzügen. Zwar kündete man solche zuerst den Formengießern an, doch ließ man schon so leicht durch blicken, daß auch die Dreher und die übrigen Arbeiter mit Abzügen bedacht werden sollen. Dem Direktor ist es allem Anschein nach plötzlich eingefallen, daß die Arbeiter noch zu gut bezahlt werden. Es kam ihm dieser Einfall jedenfalls nicht unvermittelt, sondern unter gefälliger Mittheilung des Oberbrenners Richard Klaus. Dieser ist seit dem ersten November hier eingetreten; er war vormals Aufseher in Waldburg. Das ganze Bemühen dieses Mannes scheint es nun zu sein, die Löhne zu drücken. Da man aber weiß, daß die Kollegen in Oberhausen sich das nicht schweigend gefallen lassen werden, gehen die Herren damit um, anstelle der heimischen Arbeiter Thüringer und Böhmen kommen zu lassen, da man annimmt, daß diese ohne weiteres billiger arbeiten werden. Offenlich haben die klugen Leute sich verrechnet und wir erwarten, daß, so lange die Gefahr der Lohnkürzung oder Entlassung die Kollegen in Oberhausen bedroht, kein thüringer oder böhmischer Kollege und auch niemand anders aus unseren Reihen nach Oberhausen geht.

Sorau. Von den bei Böhme beschäftigten Arbeitswilligen, sind im Laufe dieser Tage drei Mann wieder abgereist. Es sind die Dreher Schulschefski, Brandt und Unger. Der als Dreher tätig gewesene Bildhauer verschwand ebenfalls. — Wir ersuchen die Kollegen, nach wie vor, jeden Zugang nach Sorau fern zu halten.

Frankreich. Der Streit unserer Kollegen in Vallauris ist zugunsten der Arbeiter beendet worden. Nach vierwöchentlichem Kampf gelang es, alle gestellten Forderungen der Kollegen durch zu drücken. Dieselben werden nun die vollständige Sonntagsruhe, den 10-Studenten, den Fortfall der Ueberstunden und eine Lohnerhöhung von durchschnittlich 5 Francs pro Woche haben. Dieser erfreuliche Ausgang des Kampfes ist der Erfolg festen Zusammenhaltens zwischen französischen und italienischen Kollegen. Hoffen wir, daß die internationale Solidariät der Arbeiter noch weitere und größere Erfolge aufweisen möge.

Internationales.

Deutschland. Der internationale Arbeiterkongress findet, einem Beschluß des Internationalen Sozialistischen Bureaus zufolge, vom 25. bis 31. August 1907 in Stuttgart im großen Saale der "Viehhalle" statt. Als Tagesordnung ist vorgesehen: 1. Vorlegung der verschiedenen vom internationalen Bureau beschlossenen Resolutionen. 2. Die Geschäftsordnung des Kongresses, die Statuten des Bureaus und der interparlamentarischen Kommission. 3. Militarismus und die Verhinderung internationaler Konflikte. 4. Die Beziehungen zwischen den politischen Parteien und den gewerkschaftlichen Organisationen. 5. Die Kolonialfrage. 6. Arbeiter-Auswanderung und Einwanderung. — Laut Beschluß des manheimer Parteitags wird sich die deutsche Arbeiterschaft mit 300 Delegierten an dem Kongress beteiligen. 150 davon entfallen auf die Partei, 150 auf die Gewerkschaften. Die Verteilung der Gewerkschaftsmandate ist in der Weise vorgenommen worden, daß auf 10 000 Mitglieder einer Gewerkschaft ein Delegierter kommt. Maßgebend sind die Mitgliedszahlen vom Jahre 1905.

Vermischtes.

Kongress der „Christlichen“. Am 20., 21. und 22. Januar 1907 soll in Berlin ein „Deutscher Arbeiterkongress“ statt finden, an dem sich die auf christlich-nationaler Anschauung aufbauenden Arbeiterorganisationen beteiligen können. Die Tagesordnung des Kongresses sieht neben Berichten, Referate über Sonntagsruhe, Arbeiterschutz und Arbeitszeitregelung vor.

Heimarbeitererschutz. Das Gesetz zum Schutze der Heimarbeiter scheint noch in weiter Ferne zu liegen, wenn die neuesten Mitteilungen der Tageszeitungen zutreffen. Danach ist das Reichsamt des Innern mit der Stichtung des Materials beschäftigt, das die amtlichen Erhebungen über die Heimarbeiter ergeben haben. Das Material sei so umfangreich, daß die Klärung eines Heimarbeitereschutzes nicht bald zu erwarten sei. Die von den Arbeitern seit Jahren vorgenommenen Erhebungen, insbesondere die Heimarbeiterausstellungen, haben das furchtbare Elend, unter dem der größte Teil der Heimarbeiter leidet, so sinnfällig gezeigt, der Gesundheit und Lebensdauer untergrabende Charakter der Heimarbeit ist in einer Reihe von Verhandlungen so unüberleglich dargelegt, daß diese Verzögerung der Erledigung einer so brennenden Frage aufs entschiedenste

verwirklicht werden muß, zumal der sehr maßvolle von der sozialdemokratischen Fraktion seit langer Zeit eingebrachte Gesetzesentwurf durchaus erfüllbare und notwendige Vorschläge enthält. Das im Reichsamt des Innern beliebte System der Erhebungen, Sicherungen, Vorbereiten, Veröffentlichen und auf die lange Band schreiben entspricht dem von dem Schwarzschmerz verlangen Stillstehen und Zurückdrehen der Reichsgesetzgebung auf sozialpolitischem Gebiet. Die Arbeiterklasse verlangt in ihrem und im Interesse des Allgemeinwohls schnelle Schritte zur Beseitigung der wachsenden Verelendung, der Scharen von Heimarbeitern anheim zu fallen.

Hirsch-Dunker. Die Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine haben von Januar bis September 1908 nur 480 Mitglieder Zuwachs zu verzeichnen. Und zwar hatten die Fabrikarbeiter eine Abnahme um 1688, die Tischler um 1121, die Bergarbeiter um 254, der Gewerksverein der Frauen um 126 Mitglieder. Demgegenüber hatten die Maschinenbauer 1758, die Kaufleute 1217, die Textilarbeiter 339, die Schneider 198, die Köpfer 75 Mitglieder Zunahme. Im vierten Quartal 1908 dürfte die Situation für die Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine nicht günstiger werden. Haben doch in diesem Quartal die Gewerksvereine der Maschinenbauer und der Tischler Beitragserhöhungen vorgenommen.

Chinesische Kulis. Durch rücksichtslose Ausbeutung und Unterdrückung treiben die Agrarier, die Latifundienbesitzer des Ostens die ländliche Arbeiterbevölkerung zur „Schollenflucht“. Um Ertrag zu haben, führten sie polnische, russische, böhmische Kolonisten ein. Damit haben sie aber auch schon kein rechtliches Mittel mehr. So sind sie denn auf den Gedanken gekommen, chinesische Kulis zum „Schutze der nationalen Arbeit“ ein zu führen. Die landwirtschaftlichen Vereine Westpreußens beabsichtigen im Hinblick auf die Not auf dem Lande an die westpreussische Landwirtschaftskammer die Bitte zu richten, gemeinsam mit den anderen Landwirtschaftskammern Preußens bei der Staatsregierung „in dringender Weise“ dahin vorstellig zu werden, auf bestimmte Zeiträume die Einfuhr von Chinesen zwecks Verwendung bei landwirtschaftlichen Arbeiten zu veranlassen. Man gibt sich der Hoffnung hin, daß die preussische Staatsregierung diesem Wunsche nachkommen werde. Man verspricht sich namentlich von der Rede des Prinzen Friedrich Wilhelm von Preußen in Königsberg, der bekanntlich die Landflucht als „ganz fürchterlich“ bezeichnete, die beste Unterstützung für diese Bestrebungen. Die Agrarier haben schon vor dreißig Jahren mit der Kuli-Einfuhr gedroht. Sollten sie jetzt versuchen, diese Drohung aus zu führen, so wird die Sozialdemokratie die äußersten Anstrengungen machen, dieses Vorhaben zu vereiteln. Denn zweifellos würde der Import der Kulis für landwirtschaftliche Arbeit die Einfuhr chinesischer Arbeiter für industrielle Zwecke auf dem Fuße folgen. In Punkt Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft standen die Schlotjunter den Krautjuntern noch nie nach und auch ihnen schien der billigste und willigste Arbeiter noch immer der beste.

Feuilleton.

Eine Arbeiterakademie

Vor einiger Zeit veröffentlichte die Genossin Lily Braun folgende interessante Reise studie: Bei dem steigenden Interesse, mit dem sich die deutsche Arbeiterchaft der Bildungsfrage zuwendet und Einrichtungen zu schaffen sucht, die es ihr ermöglichen sollen, über die Oede der Volksschulbildung geistig hinaus zu gehen, wird die Kenntnis gleichartiger Bestrebungen im Ausland von Nutzen sein. Das beste Beispiel einer Arbeiterakademie ist das Ruskin College in der alten Universitätsstadt

Am es ganz zu verstehen, sei voraus gesagt, daß das Leben der Studenten sich vom deutschen sehr verschieden gestaltet. In den beiden ältesten Universitäten Oxford und Cambridge sind die Studenten an die ursprünglichen mittelalterlichen Schulen gewöhnten Eigenart am meisten erhalten. Es gibt dort kein Hofmüllersgebäude wie bei uns, wo die Studenten zum Anhören der Vorlesungen zu begeben haben, an dessen Stelle treten eine Anzahl Colleges (sprich: Kollabtsch), meist Häuser oder ganze Häuserkomplexe von großer architektonischer Schönheit, in denen das ganze Leben der Studenten sich abspielt. Sie haben hier ihre Wohnung, ihre Spießkammer, ihre Studier- und Gesellschaftsräume, ihre gewöhnlich wundervollen Bibliotheken und ihre Vorlesäle. Einer der älteren Professoren, Master (Meister) genannt, hat seine Wohnung im gleichen College und er führt die Oberaufsicht. Die Universitätslehrer haben in den einzelnen Colleges ihre Vorlesungen ab zu halten, es geschieht also, daß

Umgekehrte wie bei uns, sie müssen zu den Studenten kommen, und nicht die Studenten zu ihnen. So sehr man diese Einrichtung gegenüber die Freiheit des deutschen Studentenlebens bevorzugen mag, eins ist zweifellos ihre Folge: die größere Kameradschaftlichkeit unter den jungen Leuten, der größere Ernst, mit dem sie sich ihrem Studium widmen. Es gibt in England keine Saufereien und Baulereien! auf den deutschen Duellplatz gehen die Engländer verächtlich herab; zur Förderung körperlicher Kraft, Ausdauer und Gewandtheit tritt an dessen Stelle der Sport in verschiedenen Formen. Auf Grund dieser Art der Erziehung und Lebensweise ist es daher nicht zu verwundern, daß der junge Engländer seinem deutschen Altersgenossen an Gesundheit, guter Lebensart und stillchem Ernst um vieles überlegen ist.

Im engen Anschluß an die altgewohnten Formen studentischen Lebens gründete ein wohlmeinender amerikanischer Menschenfreund im Jahre 1899 das Ruskin College für Arbeiter, indem er ein Haus mietete und mit der nötigen Einrichtung zur Aufnahme von 40 Studenten versah. Er verlor jedoch rasch das Interesse an seiner Schöpfung und sein Werk wäre wahrscheinlich bald zusammen gebrochen, wenn englische Arbeiterorganisationen es nicht fortgeführt hätten. Die große, 95.000 Mitglieder umfassende Gewerkschaft der Maschinenarbeiter erhob viermal je 10 Pf. pro Mitglied, die Gewerkschaften der Eisenbahner, Buchdrucker und Textilarbeiter folgten dem guten Beispiel, ebenso eine große Zahl von Genossenschaften. Auf diese Weise wurde nicht nur ein Fonds zum Ankauf der Gebäude geschaffen, sondern es wurden auch die Mittel aufgebracht, um den Arbeitern den Aufenthalt im College auf ein Jahr zu ermöglichen. In diesem Jahre z. B. setzen sich seine Bewohner, die alle auf Kosten ihrer Gewerkschaft nach Oxford geschickt worden sind — in einzelnen Fällen hat die Gewerkschaft sogar während dieser Zeit die Familien der zum Zwecke des Studiums Abwesenden zu erhalten — aus folgenden Berufszweigen zusammen:

9 Maschinenarbeiter, 9 Bergarbeiter, 4 Weber, 4 Metallarbeiter, 3 Eisenbahner, 1 Maurer, 1 Schmitz, 1 Dockarbeiter, 1 Zimmerer, 1 Handelskommissar und 1 Luchwirker. Für jeden von ihnen wird 1 Pfund (zirka 20 Mk.) pro Woche gezahlt. Durch diese verhältnismäßig sehr geringe Summe werden alle Aufenthaltskosten, einschließlich Wohnung, Unterhalt und Studium, bestritten. Allerdings haben die Studenten, mit Ausnahme des Kochens, alle häuslichen Arbeiten selbst zu besorgen. Sie tun es mit besonderer Eingabe, denn jeder legt seinen Stolz darauf, sein College so rein, so freundlich und gemüthlich wie möglich zu erhalten. Trotzdem geht ihr Ehrgeiz weiter; schon wird ein Fonds zum Bau eines neuen, hundert Studenten Raum gewährenden Colleges gesammelt und die Grundrisse und Zeichnungen der künftigen Arbeiterakademie schmücken die Wände der jetzigen und feuern jeden an, an ihrer Verwirklichung mit zu arbeiten. Natürlich machte das Ruskin College zu seinem Beginn nicht wenig Aufsehen. All Oxford zog bedenklich die Stirn in Falten vor dem noch nicht Dagewesenen. Jung Oxford lachte und erwartete sich allerlei Anlässe zur Frölichkeit davon. Die Witzblätter brachten Bilder von Arbeitern im Studentenkostüm, wie sie zur Erlangung höherer Stipendien und kürzerer Vorlesungen in den Stuhl eintreten. Aber bald erlosch das Mißtrauen und das Gelächter verstumpte vor dem Ernst und Eifer der neuen Studenten. Die berühmtesten Professoren Oxfords wurden Mitglieder des Ausschusses, wo sie mit männlichen und weiblichen Gewerkschaftlern und Genossenschaftlern zusammen sitzen, viele von ihnen haben die Schüler vom Ruskin College zu ihren Vorlesungen in den Studenten-Colleges zu, und die Studenten selbst traten in freundschaftliche Beziehungen zu den Arbeitern, und ihre Diskussionen über die Beteiligung der neuen Studierendengeneration an derselben anregenden.

Was man den Unterricht im Ruskin College selbst betrifft, so muß er sich natürlich aus praktischen Gründen von dem in den alten Colleges unterscheiden. Es sollen keine Spezialisten ausgebildet werden, sondern Staatsbürger mit möglichst ausgebreiteten praktischen Kenntnissen für die Gegenwart, welche ihrerseits den Unterricht die mangelhafte Vorbildung aller derer, die im Alter von 13 oder 14 Jahren die Volksschule verlassen. Die Vorlesungsfächer sind dabei im allgemeinen folgende: Nationalökonomie, Sozialpolitik, Politische und Rechtswissenschaften, die soziale Bewegung, Geschichte, Grammatik, englische und französische Sprachkunde, etc. Die Diskussionen über die öffentliche Rede veranlassen und allmählich von jedem Studenten die Abfassung eines Aufsatzes über ein gewisses Thema verlangt. Aber damit in der Richtung des Ruskin College nicht erschöpft, es hat sich daneben eine Fortbildungsteilung gebildet, die Arbeitern und Arbeiterinnen des Königreiches praktische Anweisungen zu ihrer Vorbildung erteilt, ihre Lektüre regelt, ihnen Bücher zukommen läßt, und allmählich

die Aufsätze, die von ihnen einlaufen, korrigiert und zurück sendet. Seit sieben Jahren haben sich mehr als 65000 Schüler und Schülerinnen dieser Korrespondenzschule angeschlossen. Sie zahlen dafür 1 M. (1 Mk.) pro Monat. In Orten, wo mehrere von ihnen wohnen, bilden sie gemeinschaftliche Lese- und Diskussionsklassen. Auf diese Weise wird auch den Windergrüchlichen eine gewisse systematische Bildung vermittelt.

Alle — Männer und Frauen —, die im Ruskin-College unterrichten, sind einig im Lobe ihrer Schüler und in der Freude an ihrem Werk. Sie finden hier, was die Lehrer nur zu oft bei denen vermissen, die nur infolge des gefüllten Portemonnaies ihrer Eltern die Universität besuchen: Aufmerksamkeit und Dankbarkeit. Zahlreiche Briefe ehemaliger Studenten bezeugen, welche Bedeutung für sie und ihr Leben, welchen Wert für die gesamte Arbeiterschaft dies eine Jahr im College gehabt hat. Sie nehmen alle hervorragende Stellungen in der Arbeiterbewegung ein; viele sind in staatliche und städtische Verwaltungskörper gewählt worden. So sind die Erfahrungen am Ruskin-College ein neuer Beweis — wenn es dessen überhaupt noch bedarf — für die Wahrheit des Wortes: Wissen ist Macht.

Zum Schluß will ich mich an dieser Stelle eines Auftrages entledigen. Ich hatte Gelegenheit, im Ruskin-College zu Gast zu sein und mich an der Herzlichkeit und brüderlichen Gesinnung seiner Bewohner zu erfreuen, die glücklich waren, von der großen deutschen Gewerkschaftsbewegung näher zu erfahren. Sie haben mich gebeten, ihren deutschen Kollegen nicht nur ihre herzlichsten Grüße zu bestellen, sondern ihnen auch mitzuteilen, wie sehr es ihr Wunsch wäre, alljährlich mindestens einen von ihnen unter sich zu sehen. Es ließe sich — so meinten sie —, falls in Deutschland eine annähernd ähnliche Einrichtung bestände, vielleicht ein Schüleraustausch bewerkstelligen. Er würde nicht nur die Sprachkenntnisse der einzelnen erweitern, was für die internationale Arbeiterbewegung von großem Wert wäre, er würde vor allem durch gegenseitiges Kennenlernen die internationale Solidarität verstärken helfen.

Möchte ihr Wunsch in Erfüllung gehen!

Versammlungsberichte etc.

h. Altwasser. In der am 8. Dezember statt gefundenen Zahlstellenversammlung, der „Zuschußkasse deutscher Porzellanmaler“ wurde über die Resolutionen Selb und Tiefenfurt verhandelt. Beide wurden als unbegründet von der Versammlung abgelehnt, bei letzterer wurde noch bedauert, daß dem Hauptvorstand ein Mißtrauens-Votum entgegen gebracht wird.

h. Berlin II. In der am 17. November statt gehaltenen Versammlung waren 80 Mitglieder anwesend. Es wurden 7 Kollegen in den Verband aufgenommen. Gen. Munt gibt die Abrechnung vom verfloßenen Stiftungsfest. Es verbleibt ein Ueberschuß von 22,50 M. Diese Summe wird aus dem Unterstützungsfonds auf 32,50 M. erhöht und einstimmig einem Kollegen, welchem die Frau gestorben ist und der durch öftere Arbeitslosigkeit sich in bedrängter Lage befindet, überwiesen. Hierauf gibt der Kassierer den Kassenbericht. Aus demselben ist zu erwähnen: Die Einnahmen der Verbandskasse betragen 2075,55. Die Ausgaben (darunter 800 Mk. an die Hauptkasse) 1927 Mk. Mit hin bleibt ein Bestand von 148,55 Mk. Die Mitgliederzahl erhöhte sich von 217 auf 257. Dem Kassierer wird Decharge erteilt. In Bezug auf die in nächster Zahlstellenversammlung statt findenden Verwaltungswahlen, wird von mehreren Mitgliedern angeregt, bei der Wahl der Verwaltungsmittelglieder darauf zu achten, daß diese Kollegen auch politisch organisiert sind. Bei Schluß der Versammlung wird noch ganz besonders darauf hingewiesen, daß zur nächsten Versammlung alle Mitglieder zu erscheinen haben, damit die Verwaltung auch von den gesamten Mitgliedern und nicht nur von einer kleinen Minderheit gewählt wird.

s. Coblenz. Wie weit die Laune der hiesigen Mitglieder gestiegen ist, beweist der Umstand, daß die Oktober- und auch die November-Versammlung wegen zu schwachen Besuchs ausfallen mußte. Am schlimmsten ist der Umstand, daß hauptsächlich die älteren Mitglieder sich durch die zu aufgenommenen Kollegen hinsichtlich des Versammlungsbesuchs beschämen lassen mußten.

k. Hornsdorf. Die Versammlung vom 8. Dezember war ziemlich gut besucht. Beim Vorlesen des Protokolls bewängelt Mocker die Nichtbekanntgabe desselben in der Amesse. Der geladene Genosse Glaser aus Unterhans gibt einen Bericht über die Ursache und Lage des Streiks in Langenberg. Es wird beschlossen, für die streikenden Genossen in Langenberg 80 Mk. nach Berlin zu senden. Zur Angelegenheit Dürr contra Schneider verliest der Vorsitzende je ein Schreiben vom Redakteur und von der Zahlstelle Mitteldeutsch. Der Kassierer bringt das alte Lied vom „Nunigen“ als Willen der Statistiken vor. Eine Statistik von Meuselwitz, Solatorenarbeiter betreffend, kommt zur Verlesung. Ueber eine hierüber statt gehabte Konferenz in Meuselwitz am 21. Oktober, hält Kollege Wülfer einen Bericht. Zu Punkt Verschiedenem regt Kellner an, endlich einmal etwas Remedur in Sachen der Kranken- resp. Beihilfeunterstützung zu schaffen. Er führt den Fall Kahlmann an. Auch die übrigen Redner sprechen in diesem Sinne. In vielen Fällen bilden die zu unterstützenden Genossen das Objekt, an welchem sich der Hauptvorstand verjüde. Ein Antrag zur Unterstützung Kahlmann und Bekanntgabe der Beschlusfassung hierüber in der Amesse, wird angenommen. Gestigt wird noch das Verlassen der Versammlung von Seiten der Mitglieder vor Schluß der Sitzung.

Höhr. Hier fand am 18. November eine von den „Christlichen“ einberufene Versammlung statt, die zu dem Zweck veranstaltet war, für die „Christliche“ Organisation neue Mitglieder zu werben. Das Resultat der Versammlung war jedoch ein totaler Reinfall der „Christlichen“ Agitatoren. Nicht zum wenigsten trug zu diesem Erfolg einer der „Christlichen“ Redner, ein Herr Becker aus Frankfurt, mit bei, dessen Referat aus einer schier endlosen Schimpferet auf die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften bestand. Diesem christlichen Schimpfapostel trat unser Kollege Bomland entgegen, über dessen Ausführungen das Lokalblatt von Höhr berichtete: „Derselbe bemerkt, er wolle keine große Diskussionsrede halten und fragte gleichzeitig den Referenten B.: Warum die Versammlung so spät, so heimlich einberufen sei; andernfalls würde gewiß dafür gesorgt worden sein, daß ein Redner der Partei des Herrn B. anwesend war. Herr B. bemerkte noch weiter: „Wie mit den früheren Versammlungen, so werden Sie auch heute nichts, und Sie werden in Höhr überhaupt niemals etwas erreichen.“ (Stürmischer Beifall). Der Referent B. habe heute w. iter nichts bezweckt, sondern sich nur Kosten verursacht, dadurch, daß er seine Freunde aus Saumbach und Wirges mitgebracht habe, damit dieselben Bravo rufen.“ Zwischen den Herren B. und B. entspann sich hierauf eine längere Debatte, welche fortwährend durch Zwischenrufe unterbrochen wurde.“ Zum Beistand des ziemlich ungeschickten Referenten Becker war auch noch Herr Lechner aus Köln erschienen, der ebenfalls einen Vortrag hielt. Aber es war nichts mehr gut zu machen. In der Diskussion fand unserer Redner wieder den lebhaftesten Beifall der Anwesenden. — Jedenfalls haben die „Christlichen“ in Höhr nicht mehr besonders viel Aussichten. — Feststellen wollen wir noch, daß der christliche Keramarbeiter Verband — der alle keramische Industriezweige: Glas-, Porzellan-, Tonwarenarbeiter etc. umfaßt, — nicht 10 000 Mitglieder zählt, sondern bei der letzten Abrechnung am 1. April 1908 nur 5021 Mitglieder zählte. Entweder hat also der Verband sich ganz enorm vergrößert, oder Herr Lechner, der diese Behauptung aufstellte, hat ein wenig gefunkt. Doch heißt es nicht auf gut Jesuitisch: Der Zweck heiligt die Mittel?

h. Schleusingen. In der am 8. Dezember statt gefundenen öffentlichen Porzellanarbeiterversammlung, welche sich eines guten Besuchs erfreute, referierte Kollege J. Seelmann über das Thema „Machtfragen“. In seinem einstündigen Vortrag schilderte der Referent die Lage der thüringer Porzellanarbeiter und Arbeiterinnen, insbesondere wurde auch die miserable Lage der schleusinger Porzelliner, welche bei einem Wochenlohn von 12–15 Mk. arbeiten treffend kritisiert. Bedauerlicherweise meldeten sich die zwei anwesenden Chefs der Porzellanfabrik und der Porzellanmalerei in der Diskussion nicht zum Wort. Im Schlußwort kam der Referent hauptsächlich auf die Ausbeutung der Kolleginnen zu sprechen. Dieselben werden häufig zu sehr schweren Arbeiten verwendet und erläuterte Redner die schweren Folgen die der späteren Frau daraus entstehen. Ein altes Uebel sei auch die Heimarbeit, welche in Thüringen, speziell aber auch in Schleusingen noch am Blage sei. Dieses Uebel zu beseitigen, sei eine Pflicht der Organisation. Nach der Versammlung wurden 9 Kolleginnen in den Verband aufgenommen.

m. Schönwald. Die am 1. Dezember statt gehabte Zahlstellenversammlung hätte in Anbetracht der „Neuwahl“ besser besucht sein können. Jedoch leider ist die Versammlungsschwänzeret so eingerissen, daß für die Zukunft scharfe Maßregeln ergriffen werden müssen. Der Vorsitzende Genosse Meier gab den Geschäftsbericht für das Jahr 1908. Aus diesem war zu ersehen, daß am Schluß des Jahres 1908 ein Mitgliederbestand von 210 zu verzeichnen war, darunter 42 Weibliche und 8 Lehrlinge. Am Schluß dieses Jahres sind jedoch nur 190 Mitglieder darunter 83 weibliche und 1 Lehrling, zu verzeichnen. Der Zugang an Mitgliedern betrug 108, der Abgang 128, davon sind gestrichen oder abgemeldet 81, zum Militär sind 4 gegangen und gestorben sind 8 Mitglieder. Versammlungen fanden statt: 12 ordentliche und 1 außerordentliche; ferner wurden 21 Ausschüßsitzungen und eine Malerpersonalversammlung abgehalten. Der Vorsitzende bedauert, daß die Zahlstelle um 20 Mitglieder atgenommen habe. Er führt aus, daß dieses wohl hauptsächlich an den neugewonnenen Mitglieder liege, welche, nachdem sie kaum gewonnen wurden, dem Verband wieder den Rücken kehrten. Es fehle in dieser Hinsicht sehr an dem so nötigen Verständnis dafür, was eigentlich eine gute Organisation bedeute und wert sei. Der Redner forderte schließlich die Anwesenden auf, ihm tüchtig in dieser Hinsicht zur Seite zu stehen, damit endlich die Indifferenten in Schönwald zur Einsicht kommen wie schlecht und schändlich dieselben an der zerbewußten Arbeiterschaft gehandelt haben. Nach diesem Bericht wurde der von der Vertrauensmännerkonferenz in Schönwald gegebene. Ebenso wurde der Abschluß vom 8. Quartal 1908 bekannt gegeben. Bei der Neuwahl der Verwaltung wurden gewählt: als Vorsitzender Adolf Meier, als Schriftführer Gen. Krug, als Kassierer Arno Kiedel, sämtlich Maler, als Beisitzer Alfred Jentig, Maler, Gregor Sella, Brenner, Anna Beletzer, als Revisoren Wilhelm Werner und Joseph Bildstein, beide Dreher, als Vertrauensmann Martin Gjschke, Maler, als Krankenkontrolleur Rudolf Vielgut, Dreher, als Bibliothekar Wilhelm Werner, Dreher. Das Vereinslokal bleibt im Gasthof „zur Krone.“ Und nun, ihr Mitglieder der Zahlstelle Schönwald, die, welche ihr so interessenlos seid, legt eure Gleichgültigkeit ab, helft der neugewählten Verwaltung, arbeitet mit dieser, weil ihr als Mitglieder dazu verpflichtet seid. Bedenkt, daß nur durch die Einigkeit, durch gemeinsames Arbeiten ihr vorwärts kommen könnt. Glaubt nicht, daß durch das Beitragszahlen ihr eure Pflicht schon erfüllt habt. Nein, ein jeder muß seine ganze Pflicht erfüllen, seine ganze Kraft einsetzen, dann werden wir am Schluß des nächsten Jahres ein besseres Resultat bekannt geben können.

An die Organempfänger!

Bei Nachbestellung von „Amessen“ wollen die Kollegen — Zahlstellenkassierer oder Organempfänger — doch darauf achten, daß nur dann mehr Exemplare ab gegeben werden können, wenn mit der Angabe der gewünschten Blätterzahl zu gleich auch die momentane Mitgliederzahl der Zahlstelle genannt wird. — Ebenso werden die Zahlstellenkassierer auch ersucht, bei einer Verminderung der Zahlstellenmitglieder dieses der Expedition bekannt zu geben, um eine unnötige Abgabe der Blätter zu verhindern.
Die Expedition.

Sterbetafel.

Meissen. Ernst Schuler, Maler, geb. am 18. August 1870 zu Wehrsdorf, gest. am 8. Dezember 1906 an Lungen- und Nierenkrankheit, letzte Krankheitsdauer 88 Wochen.

Neuhaldensleben. Karl Röttge, Dreher, geb. am 9. Oktober 1868, zu Neuhaldensleben, gest. am 4. Dezember an Lungen- und Nierenkrankheit, letzte Krankheitsdauer 6 Wochen.

Zell a. S. Albert Bräuer, Steingutbreher, geboren am 80. Dezember 1866, in Unterharmersbach, gest. am 22. November 1906 an Lungentuberkulose, letzte Krankheitsdauer 17 Wochen. Mitglied des Verbandes und Krankenkasse seit 1. Mai 1888.

Ehre ihrem Andenken!

Versammlungskalender.

Im eigenen Interesse aller unserer Mitglieder wird darauf hin gewiesen, daß es die Pflicht einer jeden Kollegin und eines jedes Kollegen ist, die von ihren Wahlstellen anberaumten Versammlungen pünktlich zu besuchen.

In sämtlichen bis zum Jahreschluss statt findenden Monatsversammlungen der Wahlstellen ist vor allen Dingen die Frage der Lohnstatistik pro 1906 in einer den betreffenden Artikeln in Nummern 45 und 46 der „Ameise“ entsprechenden Weise zu behandeln.

- Ahlen.** Sonnabend, 22. Dezember, 8 1/2 Uhr, im Vereinslokal.
- Althaldensleben.** Sonnabend, 8. Dezember, 8 1/2 Uhr, bei Fürstenberg, Verwaltungswahl. Lohnstatistiken mit bringen.
- Annaburg.** Sonnabend, 15. Dezember, 8 Uhr, bei Beck. Verwaltungswahl. Lohnstatistiken und Bibliotheksbücher mit bringen.
- Bayreuth.** Sonnabend, 15. Dezember, 8 1/2 Uhr, bei Feulner. Lohnstatistiken und Bibliotheksbücher mit bringen. Verwaltungswahl.
- Berlin II.** Sonnabend, 15. Dezember, 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Zimmer 8, Engelufer 15. Verwaltungswahlen.
- Berlin-Moabit.** Montag, 17. Dezember, 9 Uhr, Buttlighstr. 10.
- Bückau.** Montag, 17. Dezember, 6 Uhr, bei J. Westphal, Dorotheenstraße 14, Neuwahl.
- Deesbach.** Sonntag, 16. Dezember, 6 Uhr, bei S. A. Bornkessel. Lohnstatistiken mit bringen.
- Düsseldorf.** Sonnabend, 15. Dezember, 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus. Neuwahl. Lohnstatistiken mit bringen.
- Fraureuth.** Sonntag, 16. Dezember, bei Volkstädt. Neuwahl. Lohnstatistiken mit bringen.
- Garsitz.** Sonnabend, 22. Dezember, 6 1/2 Uhr, bei Alt Kessel. Lohnstatistiken und Quittungsbücher mit bringen; Abschluß und Verwaltungswahl.
- Gehron.** Dienstag, 27. Dezember, (1. Feiertag) nachmittags 4 Uhr, im „Fürstehof“ in Langewiesen. Lohnstatistiken mit bringen. Der Gauleiter Hoffmann ist anwesend.
- Geschwenda.** Sonntag, 16. Dezember, nachmittags 3 Uhr, im Mergelischen Gasthaus. Verwaltungswahl. Lohnstatistiken und Bibliotheksbücher mit bringen.
- Gräfenroda.** Sonntag, 16. Dezember, nachmittags 8 Uhr, bei Emil Wächter. Verwaltungswahl. Lohnstatistiken und Mitgliedsbücher mit bringen.
- Grossbreitenbach.** Sonntag, 16. Dezember, nachmittags 8 Uhr, im Hirsch. Vorstandswahl. Lohnstatistiken mit bringen.
- Hamm.** Sonnabend, 15. Dezember, bei Gelfeld.
- Hättengrund.** Sonnabend, 15. Dezember, bei Liebermann. Verwaltungswahl. Lohnstatistiken mit bringen.
- Kleindöblich.** Sonntag, 16. Dezember, nachmittags 3 Uhr, bei Niese Langenöblich.
- Küps.** Sonnabend, 15. Dezember, 7 1/2 Uhr, bei Heinrich Stumpf jr. Neuwahl.
- Martinroda.** Sonnabend, 15. Dezember, 8 1/2 Uhr, im „Thüringer-Wald.“ Verwaltungswahl.
- Nürnberg.** Sonnabend, 16. Dezember, 8 Uhr, im Magtor Keller.
- Oberkötitz.** Sonnabend, 15. Dezember, 8 1/2 Uhr, im grünen Grunde. Neuwahl. Lohnstatistiken und Bibliotheksbücher mit bringen.
- Oberkotzau.** Sonnabend, 15. Dezember, 8 Uhr. Neuwahl.
- Penzig.** Montag, 17. Dezember, Hotel zur Krone. Lohnstatistiken mit bringen.
- Pforzheim.** Donnerstag, 10. Dezember, 8 1/2 Uhr, bei Beckh, Verwaltungswahl.
- Plesau.** Sonntag, 23. Dezember, nachmittags 3 Uhr, bei Hugo Langer. Lohnstatistiken mit bringen.
- Plau.** Sonntag, 16. Dezember, nachmittags 3 Uhr, im Adler, Verwaltungswahl.
- Schleusingen.** Montag, 17. Dezember, 8 Uhr, im Gasthof zur Krone. Verwaltungswahl. Lohnstatistiken mit bringen.
- Tirschenreuth.** Sonntag, 16. Dezember, nachmittags 3 Uhr, bei S. Wurm. Neuwahl. Statistiken abliefern.
- Unterweissbach.** Montag, 17. Dezember, 7 Uhr, im Hirsch. Neuwahl der Verwaltung.
- Wallendorf.** Montag, 17. Dezember, im Bahnhofs-Hotel. Lohnstatistiken mit bringen.
- Wittenberg.** Sonnabend, 15. Dezember, 8 Uhr, im Vereinslokal (R. Krüger). Lohnstatistiken sowie Bibliotheksbücher mit bringen.

Aufruf! Für die Kinder der in Sorau ausständigen Kollegen und Wahlstellen, die sich an dieser Sammlung beteiligen wollen, werden gebeten, ihre Gaben bis spätestens zum 23. Dezember an den Kollegen Karl Göthert, Sorau, Briebruserstr. 40 IV. senden zu wollen. Die Quittung über die eingegangenen Gelder erfolgt nach Weihnachten in der „Ameise“.

ANZEIGEN.

Selb. Sämtliche aus der Bibliothek entnommenen Bücher, sind wegen Revision ab zu geben.

Dresden. Sonnabend, d. 15. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, Mitt- gliederversammlung, im deutschen Haus, Großen- hainerstr. Tages-Ordnung: 1. Bericht des Vertrauensmannes und Vorschläge für 2 Vertrauensmänner und 2 Revisoren. 2. Bericht der Agitationskommission u. Neuwahl derselben. 3. Bericht der Agitationskommission u. Neuwahl derselben. 4. Bericht der Agitationskommission u. Neuwahl derselben. 5. Bericht der Agitationskommission u. Neuwahl derselben. 6. Vortrag des Kollegen Zietzsch-Berlin: Auf zum Protest!

Arbeitsmarkt.

Inserate kostenlos. Bei Offerten auf Chiffre muß Porto bei gelegt werden, da sonst die Weiterbeförderung nicht erfolgen kann.

Weisswasser. Der Arbeitsnachweis befindet sich für Porzellanmaler bei Otto Jahn, Friedrichstr. 5 für Glasmaler bei Franz Felt, Karlstr. 1.

Magdeburg-Neustadt. Kollegen, welche bei der Firma Untucht & Co in Arbeit treten wollen, werden in ihrem eigenen Interesse ersucht, sich vorher bei der Verwaltung der Wahlstelle zu erkundigen.

Neustadt bei Coburg. Vor Arbeitsannahme in hiesigen Porzellanfabriken werden die Kollegen ersucht, sich über die örtlichen Verhältnisse bei der Wahlstellen-Verwaltung zu erkundigen.

Obermaler, tüchtig u. erfahren im figuraltischen (für Porzellan) sowie Gebrauch-Geschirr (in Porzellan und Stein- gut), ebenso in Majolikamalerei für Luxus und Wandplatten. Eintritt sofort, eventuell auch später. Offerten unter W. 570 erbeten.

Maler, geübt in Militärartikeln, tüchtig in Schrift, Monogramm, Emailleschilder und Apotheker-Standgefäße sucht Stellung. Offerten unter W. 150.

Geschäfts-Anzeigen etc.

Für Privatanzeigen beträgt der Preis der 2 gespaltenen Zeile oder deren Raum 80 Pfennige. Vorausbezahlung ist Bedingung.

Goldschmiere

sowie alle goldhaltigen Sachen kauft zu den höchsten Preisen bei pünktlicher, reeller Bedienung **Martin Kaufmann,** Zwickau, Sa., Grimmitzhauserstr. 27.

Goldschmiere, Goldflaschen und alle goldhaltigen Sachen reeller Bedienung **Oskar Rottmann,** Stadtilm in Thüringen.

Goldschmiere, sowie goldhaltige Lappen

Pinzel, Paletten, Flaschen, Näpfe u. s. w. werden aus- geschmolzen und das Gramm Fein-Gold mit 2 Mt. 80 Pfg. angelauft. Sendungen werden schnell erledigt.

H. Haupt, Dresden-A., Gneissaustr. 6.

Goldschmiere, verdicktes Glanzgold, sowie

alle goldhaltigen Sachen kauft stets zu höchsten Preisen bei pünktlicher und reeller Bedienung **Emil Böhme,** Eisenberg S.-A. Man verlange Prospekt. Aeltestes Geschäft dieser Art.

Goldwatte • Staubgold • Goldabfälle • etc.

Höchste Preise dafür zahlt Frau **A. Hecht,** Berlin N., Strelitzerstr. 70.

Staubgold * Goldwatte * Glanzgold

und alle in der Vergoldung vorkommenden Abfälle kauft zu höchsten Preisen **S. Salomon,** Berlin C., Schillingstraße 21/22, Ecke Kaiserstraße. Alle Sendungen und Aufträge werden postwendend erledigt.

Goldschmiere u. alle goldhaltig. Sachen

kauft zu höchsten Preisen bei streng reeller Bedienung (Preisliste frei) **Otto Seifert,** Zwickau in Sachsen, Osterwehstr. 18.

Alle goldhaltigen Sachen kauft bei reeller Bedienung zu den höchsten Preisen **Franz Karl,** Niederplanitz b. Zwickau in Sachsen.

Herausgeg. v. Verbands v. Porzellan- u. verwand. Arbeiter u. Arbeiterinnen. Redaktion und Verlag: Fritz Zietzsch, Charlottenburg, Köpenickerstr. 8. Druck von Otto Goerke, Charlottenburg, Wallstr. 69.